€10,- BER 39 510
Kat Frnkt 08 68er 6

D 2442 F

EXTRA
FRANKFURTER
STUDENTENZEITUNG
OKTOBER 1967 · 20 Pf
BLATT

DISKUS

Iranische ‚Freiheit'

VON BERTRAND RUSSELL

Werden die USA am Tage des nationalen Aufstandes die iranische „Freiheit" ebenso schützen wie in Vietnam? Das heißt, werden sie versuchen, die Empörung mit einem ungeheuren Aufwand an Menschenmaterial zu unterdrükken? Die Antwort auf diese Frage hängt von unserer Fähigkeit ab, den Völkern Amerikas und des Westens die Wahrheit über die freie Welt und den kalten Krieg nahezubringen.

Ich möchte hier den Iran als Beispiel für das anführen, was der Westen unter „freier Welt" versteht. Das Ergebnis wird meiner Überzeugung nach sein, daß weder Freiheit noch soziale Wohlfahrt diese Regierungen auszeichnet, die Mitglieder der freien Welt sind. Ich hoffe, die Brüder des Westens mögen sich von jetzt ab fragen, warum ihre Steuergelder und ihre Truppen dazu hergegeben wurden, in der ganzen Welt Tyrannei und Korruption zu unterstützen. Solche Überlegungen werden uns vielleicht schneller dem Tage näherbringen, da der industriell-militärische Komplex offen zutage liegt und der kalte Krieg beendet sein wird.

Die iranische Armee besteht aus 200 000 Mann und dient dem Schah Mohammed Reza. Es heißt, die Armee sei dazu bestimmt, den Iran gegen auswärtige Angriffe zu schützen. Durch Manöver der im persischen Golf stationierten US-Einheiten wird die iranische Armee unterstützt. Daneben existiert eine starke Polizeimacht und eine Geheimpolizei, die über 60 000 Mann zählt.

Die wahre Aufgabe dieser enormen Anzahl bewaffneter Männer ist der Schutz der amerikanischen und britischen Ölraffinerien und -leitungen.

Die CIA (Central Intelligence Agency) spielt hinter den Kulissen eine bedeutsame Rolle. Zu dieser Rolle hat sie sich ja auch im Falle der Amtsentsetzung Dr. Mossadeghs, der die iranische Ölindustrie nationalisiert hatte, voller Stolz bekannt.

Der Schah nimmt jährlich 400 Millionen US-Dollar aus den Oil Royalities ein. Dazu erhält er von den USA noch jährlich eine Summe von 80 Millionen US-Dollar. Trotz dieses bedeutenden Einkommens der Ölindustrie und den Hilfsgeldern allein liegt die Lebenserwartung im Iran bei weniger als dreißig Jahren, und die Sterblichkeitsquote der Neugeborenen beträgt 50 Prozent. 85 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten. Die Unterdrückung manifestiert sich in der totalen Kontrolle der Presse und des Parlaments.

Universitätsstudenten werden in ihren Hörsälen erschlagen und Mitglieder der politischen Opposi-

Fortsetzung Seite 2

Sechs Fragen an Bonn

Warum haben die politischen Instanzen der Bundesrepublik nichts gegen den persischen Attaché in Berlin, Ghazi, unternommen? Ghazi hat einen notorischen Messerstecher mit Geld versorgt. Das ehemalige SAVAK-Mitglied sollte den in Berlin lebenden oppositionellen Wissenschaftler Bahman Nirumand ermorden. Wenige Wochen vor dem Schahbesuch. Der Täter hat Ghazi schwer belastet. Nach seinen Angaben auch vor Gericht in Berlin. Die „Frankfurter Rundschau" und die „Abendzeitung" haben diese Anschuldigungen veröffentlicht. Nichts geschah. Ghazi verzichtete auf ein Dementi. Er nahm die Anschuldigungen unwidersprochen hin. Ghazi ist immer noch in der Bundesrepublik akkreditierter Diplomat. Warum?

*

Warum hat der Bundestag noch keine Untersuchung der SAVAK-Aktivitäten eingeleitet? Der Bundestagsabgeordnete Kahn-Ackermann behauptet, die leitenden Beamten der iranischen Konsulatsdienstes seien fast durchweg Offiziere des persischen Staatssicherheitsdienstes SAVAK. Den Spitzeln obliege die politische Überwachung der iranischen Staatsangehörigen in der Bundesrepublik. Diese Tätigkeit steht nicht mit dem diplomatischen Status in Einklang. Der Menschenraub des südkoreanischen Geheimdienstes konnte nicht verhindert werden. Warum beugt man solchem Versagen nicht vor?

*

Warum dürfen bundesrepublikanische Politiker und Behörden im Namen der Bevölkerung immer noch behaupten, der Schah sei ein Freund unseres Landes? Warum dürfen bundesrepublikanische Politiker und Behörden der Bevölkerung immer noch pauschal unterstellen, sie sei einem Gewaltherrscher traditionell verbunden?

*

Warum wird in verschiedenen Ländern der Bundesrepublik immer noch gegen „Schahbeleidiger" ermittelt, obwohl laut Justizminister Dr. Heinemann kein Antrag auf Strafverfolgung vorliegt? Warum erklärt der Minister nicht eindeutig, daß er die Ermächtigung zur Strafverfolgung der „Schahbeleidiger" nicht erteilen wird? Warum muß statt dessen der Minister Lücke beim Pfauenthron um Verständnis und Nachsicht betteln?

*

Warum sorgt der Justizminister nicht für eindeutige Erlasse und Verordnungen, die eine demokratische Anwendung der Ausländergesetze sicherstellen? Warum wird durch Unterlassung den Behörden Vorschub zum Verfassungsbruch geleistet? Verschiedentlich wurden Ausländern Auflagen gemacht, die grundgesetzwidrig sind.

*

Warum liefert die Bundesrepublik Waffen an ein Regime, das diese nicht zur Abwehr feindlicher Angriffe von außen verwendet, sondern im Kampf gegen die eigene Bevölkerung einsetzt. In Südpersien herrscht seit fünf Jahren ein bürgerkriegsartiger Zustand. Mit Waffenlieferungen greift die Bundesrepublik in die inneren Angelegenheiten Persiens ein. Die Waffen aus der Bundesrepublik helfen dem Diktator, die verzweifelten Befreiungsanstrengungen der Bauern brutal zu zerschlagen. Warum liefert die Bundesrepublik immer noch Waffen?

Lemke, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, sagte zum Schah: „Die Situation des Landes, das sie regieren, und die Situation unseres Landes trägt manche verwandten Züge . . ."

Dank für Spitzeldienst und Schah-Liebe

سرپرستی دانشجویان ایرانی

در آلمان غربی

Kaiserlich Iranische Botschaft
Kulturabteilung - Studentenbetreuung
Köln, Ebertplatz 9 - Telefon: 72 18 23

Die Kaiserlich Iranische Botschaft in Köln ist nicht immer so harmlos wie seine klassische Musik und Deutschtum verehrende Excellenz, der Botschafter, es gern beteuert. Die Feststellung des Bundestagsabgeordneten Kahn-Ackermann, die persischen konsularischen Beamten in der Bundesrepublik seien zum großen Teil Offiziere des Geheimdienstes SAVAK, entspricht den Tatsachen. Manche heimliche Nachricht, die aus der Botschaft dringt, läßt auf zweifelhafte hoheitsstaatliche Maßnahmen schließen. Da gibt es Denkzettel, daß gegen die Ehe des Herrn X mit Fräulein Y „von uns nichts einzuwenden" ist, oder daß der Student X nicht ordentlich studiere und ihm deshalb der Paß zu entziehen sei usw. Aber auch Briefe wie der folgende (das Original liegt der Redaktion vor) kommen aus akkreditierten Kreisen.

„Mein sehr verehrter Kollege, seien Sie gegrüßt! Ich bin außerordentlich erfreut, daß Sie aus Liebe zum Heimatland und zum Schah bereit sind, mit uns zusammenzuarbeiten, und bedanke mich für das Bild, das Sie uns schickten. Wir werden Ihnen in Kürze die SAVAK-Ausweiskarte übersenden. Bei dieser Gelegenheit möchten wir Ihnen auch für die Informationen danken, die Sie uns über die Studentenvereinigung in (. . .) gegeben haben. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns auch künftig über Ereignisse bei den iranischen Studenten in (. . .) so weit wie möglich berichten würden. Wir sind Ihnen für Ihre Zusammenarbeit mit der iranischen Sicherheitsorganisation sehr verbunden und sehen Ihren weiteren Nachrichten gern entgegen. — Stellvertreter der Organisation (. . .)."

Verfassungsbruch

In der demokratischen Bundesrepublik Ausländer zu sein, ist eine riskante Sache:

Vom Südkoreanischen Geheimdienst CIA verschleppt wurden in der zweiten Junihälfte 17 Koreaner. Einer konnte sich dem Zugriff durch Flucht entziehen.

Auf Anweisung des Sozialrats Flokos überwachen seit dem Militärputsch in Athen die griechischen Arbeiterkommissionen bei den deutschen Arbeitsämtern die Gastarbeiter. Festgestellt werden soll ihre „politische Zuverlässigkeit".

Die Botschaft der Republik Indonesien zwang ihre in der BRD lebenden Landsleute zu einem „screening". Auf einem vielseitigen Fragebogen mußten sie ihre Weltanschauung offenbaren und Bekannte denunzieren. (Bei Weigerung: Paßentzug.) Ziel des „screenings": Wie in Indonesien, wo über 800 000 politisch ungenehme Menschen ermordet wurden, auch hier „den Körper des Staatsapparates zu säubern" und „politisch Andersdenkende zu zerschmettern".

Wiederholt wurden spanische Gastarbeiter von spanischen „Verbindungsleuten" zur Heimreise gepreßt. Dort warteten Haftbefehle und Prozesse.

Persische Staatsbürger werden seit Jahren in der BRD vom Geheimdienst SAVAK beschattet, ihre Angehörigen in Persien bedroht. Die Botschaft entzieht willkürlich Pässe. Konsularische Angestellte zahlten Geld an notorische Messerstecher, damit ein unbequemer Iraner umgebracht werde. Entlohnte Prügelkommandos schlugen vor den Augen der Polizei Studenten zusammen, die gegen einen Gewaltherrscher demonstrierten.

Was ist dies für ein Land, das zum Tummelplatz der Geheimdienste undemokratischer und faschistischer Regime wurde? Was ist das für ein Land, das seinen Gästen so wenig wirksamen Schutz gewährt, daß sie auf die Wahrnehmung der verbrieften Grund- und Menschenrechte verzichten müssen, wenn sie sich nicht in Lebensgefahr bringen wollen?

Für seine Gäste hat die Bundesrepublik — wie behauptet wird — „sehr liberale" Ausländergesetze erfunden. Praktisch arbeiten aber die meisten Verfügungen, die sich auf diese Gesetze berufen, den terroristischen Machenschaften der Geheimdienste in die Hände.

„Straßen einer deutschen Stadt sind nicht das geeignete Forum", um auf Probleme aufmerksam zu machen. Geld für humanitäre Zwecke darf nicht gesammelt werden. Bittbriefe an den Innenminister werden als Einmischung ausgelegt. Ausländer werden, ohne daß sie sich in irgendeiner Weise etwas zuschulden kommen ließen, unter Stadtarrest gestellt oder auf eigene Kosten zwangsevakuiert. Auf Zuwiderhandlung erfolgt Ausweisung. Manchmal wird nicht einmal politisches Asyl gewährt. Verschiedentlich fehlt auf den sogenannten Ordnungsverfügungen die Rechtsbelehrung. Ein Landrat sagt: „Die können froh sein, daß

Fortsetzung Seite 2

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de

Iranische ‚Freiheit'

Fortsetzung von Seite 1

tion sind gefoltert worden. Jeder gewöhnliche Iraner kann verhaftet und geschlagen werden, ohne daß es hierzu eines amtlichen Befehles bedürfte.

Diese Seite des iranischen Alltages wird höchst selten in der westlichen Presse erörtert. Der Schah zahlt Werbe- und Public-Relations-Firmen große Summen. Er wird als fortschrittlicher Monarch vorgestellt, der, weil er den Versuch unternimmt, Reformen durchzuführen, auf Widerstand stößt. Eine Überprüfung des iranischen Haushaltes enthüllt jedoch, daß im Gegensatz zu diesen seinen Bemühungen 12 Milliarden Rial (mehr als 600 Millionen DM) für die Armee und 1 Milliarde Rial (mehr als 50 Millionen DM) für das Gesundheitsministerium ausgegeben werden. Sechs Zehntel einer Milliarde Rial (etwas mehr als 30 Millionen DM) werden den Universitäten zugebilligt. Bevor jedoch die letzten beiden Posten ihrer nominalen Bestimmung zugeführt werden, verschwindet noch vieles in den Taschen der Beamten.

Ich möchte hier das so viel gerühmte Bodenreformprogramm streifen und an dieser Stelle nur erwähnen, daß auch nicht ein Stückchen Land verschenkt worden ist und daß 60 Prozent aller Bauern nicht ein Stück Erde ihr eigen nennen. Man sagt, der Schah besitze 3,7 Millionen acres (1,49 Millionen ha), davon gehören 3 Millionen acres seinem heranwachsenden Erben. Dem Schah werden in den USA Ehrentitel verliehen, und der FBI (Federal Bureau of Investigation) hat den in den USA lebenden Oppositionsmitgliedern einen offiziellen Besuch abgestattet.

Das 400-Millionen-US-Dollar-Einkommen aus der Ölindustrie wird ganz und gar von der militärischen Elite des Landes aufgesogen. Auch die einkommenden Steuern, der Gewinn aus den Landverkäufen an die Bauern und die Gelder zu den verschiedenen potemkinschen Entwicklungsprojekten werden von ihnen geschluckt, ebenso wie Bestechungsgelder für gewährte Protektion und Gefälligkeiten. Die „Newsweek" machte in ihrer Ausgabe vom 16. April 1962 eine interessante Rechnung zu diesen Vorgängen auf: 85 Prozent der Bevölkerung leben von einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 294 DM.

Die Staatskasse ist überdies dauernd bankrott. Das rührt daher, daß die Summe der auf ausländische Banken — bei denen der Schah zahlreiche Konten führt — eingezahlten Gelder sehr hoch sind. Gelder, die nicht auf diese Weise verschwinden, werden zum Ankauf für die Bedürfnisse der aristokratischen Grundbesitzer, der Militäroffiziere und der Militärpolizei gebraucht. Diese Gruppe stellt im Mittleren Osten in ihrer Art eine Großmacht dar. Überdies werden noch 60 000 Geheimpolizisten dazu benutzt, die Gebildeten und die Stammesfürsten zu bespitzeln. Selbst die Familien dieser Leute haben keine Ahnung von deren Stellung in der Geheimpolizei.

Sechs Millionen US-Dollar gibt der Schah jährlich dafür aus, daß die Firmen Kaston, Hilton, Chesley, Clifford und Atherton seine Wohltaten bekannt machen. Zu seiner Verteidigung werden Bücher bestellt, wie etwa das Buch von A. Banani „Die Modernisierung des Iran". Michael Parrish hat herausgefunden, daß dieses Buch einen amerikanischen Pressemann (Donald Wilhelm) zum Ghostwriter hat.

Werden die USA am Tage des nationalen Aufstandes die iranische „Freiheit" ebenso schützen wie in Vietnam?

RECHNUNG Ihre Bestellung vom Ihre Auftrags-Nr. Tag 18.5.65 Ki

Wir erhielten vom Iranischen Konsulat, München, Möhlstraße 35, Frau Dr. Pirajesch den Auftrag, den Demonstrations-Umzug der Studenten von der Universität bis zum Alten Bot. Garten und die Kundgebung zu fotografieren.
Vor allem wollte sie einzelne Personen aufgenommen haben.

Auf Wunsch des Iranischen Studentenvereins haben wir sämtliche Negative vernichtet.

Unkostenersatz hierfür DM 50.--

Für weitere diesbezügliche Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Werbeagentur
BAYERISCHE BILD GMBH
8 München 13, Elisabethstr. 25
i.A. [Unterschrift]

SPITZELDIENSTE FÜR DEN GEHEIMDIENST SAVAK leisten manchmal Personen, die es gar nicht wissen. Die Bayerische Bild GmbH allerdings merkte im letzten Augenblick noch, wozu sie mißbraucht werden sollte. Diesmal mußte das Konsulat und der SAVAK auf „wertvolles Material" verzichten.

Mit freundlicher Hilfe deutscher Behörden

„Ihr Antrag muß leider abgelehnt werden.... Durch staatliche Genehmigung der von Ihnen geplanten Sammlung würden die freundschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Iran erheblich belastet werden, weil dann deutsche Behörden zumindest indirekt in die Beantwortung der politischen Frage hineingezogen werden, ob Strafprozesse im Iran rechtsstaatlichen Anforderungen genügen. Einer solchen Belastung muß aber vorgebeugt werden."
Dies ist die zynische Begründung des Innenministers von Schleswig-Holstein, mit der er im Januar 1966 eine Geldsammlung der Konföderation Iranischer Studenten untersagte. Der Sammelerlös sollte dazu dienen, die Unkosten einer internationalen Beobachterdelegation und die Bezahlung eines Verteidigers für Strafprozesse im Iran zu decken. Der Frankfurter Polizeipräsident, ein Mann der zupackenden Praxis, ließ es 1963 in dem Verbot eines Schweigemarsches persischer Studenten anders formulieren: „...die Straßen einer deutschen Stadt sind meines Erachtens nicht das geeignete Forum, auf Probleme Ihres Landes aufmerksam zu machen." Und weiter: „Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind insofern gefährdet, als die Bundesregierung Deutschland zu dem Iran diplomatische und freundschaftliche Beziehungen unterhält."
Dem Text einer Strafanzeige der Münchner Kriminalpolizei (politische Abteilung) gegen persische Studenten aus dem Jahr 1962 ist sogar zu entnehmen, daß die oppositionelle Haltung gegen die iranische Scheindemokratie der Opposition gegen die bundesrepublikanische Regierung gleichkommt: „Indirekt, besonders aber im Hinblick auf die guten diplomatischen Beziehungen der BRD zur persischen Regierung, steht das Verhalten dieser Studenten in einem Gegensatz zur westdeutschen Regierung."
Im Widerspruchsbescheid der Landeshauptstadt München vom 10. Januar 1963 auf den Widerspruch gegen Aufenthaltsverbot mit der Anordnung der sofortigen Vollziehung findet sich folgende Passage.
„...Zum anderen würde das freundschaftliche Verhältnis der BRD zum Kaiserreich Iran auf das schwerste belastet, wenn die Bundesrepublik es dulden würde, das sich mit dem derzeitigen Regime nicht einverstandene iranische Staatsbürger hier in der Bundesrepublik Deutschland zusammentun, um dieses Regime durch Gewalt zu beseitigen. Die Bundesrepublik würde im gesamten westlichen Machtbereich, mit dem sie politisch und militärisch aufs engste verknüpft ist, unglaubwürdig. (...) Politisch so extreme Charaktere bedeuten immer eine Gefahr. ... Der Betroffene kann auch nicht Asyl nach Art. 16 GG beanspruchen, denn es ist ein Anliegen des Grundgesetzes, denjenigen Asyl zu gewähren, die wegen ihrer freiheitlichen demokratischen Gesinnung politisch verfolgt werden, nicht aber denen, deren politisches Verhalten im Gegensatz zu der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik steht."
Viel Arbeit bleibt dem verlängerten Arm des Kaisers, dem SAVAK, erspart.

Moral: Wer nicht hören will, muß fühlen

Herr Khonsari ist Perser. Er gehört der kleinen Gruppe gutbezahlter Männer in Teheran an. Er ist Staatssekretär im Außenministerium. Vor einigen Jahren noch befehligte er in England (im Dienst der SAVAK oder aus Eigeninitiative?) eine Schläger-Gang, die auch bei Gericht aktenkundig wurde. Welche Anweisungen gab Khonsari „seinen Leuten", die — laut Staatsanwalt — zur Ausbildung in England stationierte iranische Luftwaffenangehörige waren? Er schickte sie zu oppositionellen persischen Studenten. Er ließ Prügel austeilen: Einschüchterung.
Nun vor und während des Schahbesuchs — tauchte Herr Khonsari in der Bundesrepublik auf. Er hatte etwas zu besprechen mit den „Jubelpersern", von denen ein Teil Flugtickets der in England ansässigen iranischen Ölgesellschaft N.I.O.C. in der Tasche hatte. Die anreisenden „Jubelperser" sollten sich in der Kölner Botschaft melden. Welche Anweisungen gab Khonsari diesmal „seinen Leuten"? Auf dem nebenstehenden Bild hält er (links im Vordergrund) Ausschau. Nach dem Schah? Die „Welt" schrieb darunter: „Sympathiekundgebung für das Herrscherpaar in Hamburg".

Verfassungsbruch

Fortsetzung von Seite 1

sie hier untergekommen sind." Also: Klappe halten und froh sein.

Was ist dies für eine Demokratie, die sich Tatsachenbehauptungen offiziell verbittet, nur weil sonst „deutsche Behörden zumindest indirekt in die Beantwortung der politischen Frage hineingezogen werden". Die Unterdrückung der Meinungsäußerung und -bildung aber ist auch eine politische Antwort; eine demokratische allerdings nicht.

Dem Vorsitzenden der Konföderation Iranischer Studenten, Hassan Massali, wurde per Verfügung jedwede politische Tätigkeit verboten, die die Interessen der Bundesrepublik stören könnten. In einer Verfügung des Offenbacher Landrats vom August dieses Jahres werden sogar Interviews, die Massali Journalisten des Norddeutschen Rundfunks und verschiedener Zeitungen gab, als solche Störung gewertet. Nicht geprüft wird, ob Massali Wahrheiten oder Unwahrheiten über das iranische Regime verbreitet. Allein daß er etwas gegen den Schah äußert, soll im Sinne eines schwammigen Begriffs, nämlich „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung", verboten sein. Der Interpretationsspielraum des Ausländergesetzes wird bislang dazu benutzt, oppositionelle Ausländer, die die faschistischen Regimes ihrer Heimatländer kritisieren, mundtot zu machen, während Geheimdienste derselben Länder und faschistische Exilgruppen „arbeiten", bis ihre Tätigkeit bei Entführungen, Mord- und Bombenanschlägen sich der Öffentlichkeit nicht mehr verheimlichen läßt. Die iranische Militärmission in Köln zum Beispiel (Bonner Straße 120) fungiert, wie zuverlässig berichtet wird, als Zentrale des iranischen Geheimdienstes SAVAK für Westeuropa. Der Verdacht liegt nahe, daß der alte Satz Otto Meyers „Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht" immer noch triumphiert und der Willkür reaktionärer Verwaltungsbeamter Vorschub leistet. Mit den geltenden Grundregeln verträgt sich die Praxis nicht:

Art. 5 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten: „Jedermann hat ein Recht auf Freiheit und Sicherheit..."

Art. 13 der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündeten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Jeder Mensch hat das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb eines Staates."

Art. 1 des deutsch-persischen Niederlassungsabkommens: „Sie (jeweils die Angehörigen des Partnerstaates) genießen dort den ständigen Schutz der Landesgesetze und -behörden für ihre Person und für ihre Güter, Rechte und Interessen. (...) In allen diesen Angelegenheiten genießen sie eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die den Angehörigen des meistbegünstigten Staates gewährte Behandlung."

Art. 2 des Grundgesetzes: „Freiheit der Person".

Art. 5 des Grundgesetzes: „Freiheit der Meinungsäußerung".

Wenn das Ausländergesetz so angewandt wird, daß es kollaboriert mit den verbrecherischen Rechtsauffassungen „befreundeter" Diktaturen und damit die Grundrechte aushöhlt, dann machen sich zum Beispiel alle in Hessen lebenden Staatsbürger strafbar, wenn sie die durch Artikel 147 der Hessischen Verfassung auferlegten Pflichten nicht wahrnehmen: „Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermanns Recht und Pflicht."

Bernhard Schütze

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de

Terror im Justizpalast: wie im Faschismus

Rechtsanwalt Heldmann berichtet von einem Verfahren vor dem Militärgerichtshof in Teheran

Das Berufungsverfahren gegen neun von einem Militärgericht zu hohen Zuchthausstrafen verurteilte Männer, die sich angeblich kommunistischer Verschwörung und des versuchten Attentats auf den Schah schuldig gemacht hatten, mobilisierte im Dezember 1965 die ausländische Presse. Kein unabhängiger Beobachter konnte die zur Last gelegten Taten als erwiesen ansehen, obwohl während der Voruntersuchungen (die Verteidiger waren nicht zugelassen) versucht wurde, mit physischer und psychischer Folter pauschale Geständnisse zu erpressen. Dennoch wurden langfristige Kerkerstrafen verkündet. Die Praktiken der Teheraner Militärgerichtsbarkeit, die in der Tat den Vergleich mit den Methoden von Hitlers Volksgerichtshof, Präsident Freisler, aufdrängen, sind eklatantes Beispiel für die politischen Verhältnisse in Iran. Folgende Beobachtungen zeichnete der Münchner Rechtsanwalt Dr. Heldmann auf, der sich einige Tage als Prozeßbeobachter für „Amnesty International" in Teheran aufhielt.

Ich muß es als erwiesen ansehen, daß die Angeklagten während des Untersuchungsverfahrens alle, zum Teil schwer, gefoltert worden sind. Folgende Methoden sind mir berichtet worden:

a) Während der Vernehmung sind die Gefangenen nackt an eine Wand gestellt und ausgepeitscht worden.
b) Auf den Rücken und auf den Armen von Gefangenen sind brennende Zigaretten ausgedrückt worden.
c) Nikkhah hat Elektroschocks erhalten.
d) Kamrani ist an den Füßen aufgehängt worden.
e) Kamrani hat man Flaschen in das Rektum eingeführt. Durch Zerbrechen der Flaschen sind weitere Verletzungen verursacht worden. (Kamrani mußte wiederholt ins Krankenhaus eingeliefert werden).
f) Kamrani hat man Stacheldraht um die bloßen Beine gezogen. Die Spuren sollen heute noch zu sehen sein. Auch werden Narben an Kamranis Beinen auf das Eindrücken heißer Eisen zurückgeführt.
g) Mansouri soll durch andauerndes starkes Massieren eines Nervenstranges an der Schulter bis zur Bewußtseinstrübung gequält worden sein, und zwar während der 24 Stunden vor seinem angeblichen Geständnis vor dem Schah.

Ferner wird von psychologischem Zwang berichtet. Die Gefangenen sollen mit Erschießen bedroht worden sein. Dabei sollen Vernehmungsbeamte erklärt haben, Mitgefangene seien bereits erschossen worden. Meine Gewährsleute haben übereinstimmend und unabhängig voneinander berichtet, daß der Anklagevertreter in diesem Verfahren — und zwar in erster wie in zweiter Instanz — diese Untersuchungen geleitet hätte. Die Untersuchungen sollen nicht von SAVAK, sondern vom militärischen Abschirmdienst geführt worden sein...

Einer der Verteidiger hat mir weiter gesagt: „Wie wollen die Angeklagten beweisen, daß sie gefoltert worden sind? Es findet sich in ganz Teheran kein Arzt, der es wagte, Spuren von Folterungen zu testieren."

Das Berufungsgericht

Dieses Verfahren ist kein Revisionsverfahren, in welchem die Tätigkeit des Gerichts auf die Prüfung von Rechtsmängeln im ersten Verfahren beschränkt ist; sondern es ist eine zweite Tatsacheninstanz. Das Gericht ist mit einem Zwei-Sterne-General als Vorsitzenden und vier Obersten besetzt. Das Militärgericht ist zuständig für die Verhandlung wegen eines Mordkomplotts gegen den Schah... Meine Frage, ob das Militärgericht aber auch zuständig für die Anklage gegen die zweite Gruppe der Angeklagten (...) sei, nämlich: Delikte gegen die Staatssicherheit, ist ausdrücklich bejaht worden: Seit einigen Jahren gehörten alle Delikte gegen die innere oder äußere Sicherheit des Staates vor die Militärgerichtsbarkeit. Meine weitere Frage, ob die iranische Verfassung nicht die Teilnahme einer Jury bei der Verhandlung politischer Delikte (...) gebiete, hat einer der Verteidiger bejaht.

Das Gericht ist danach also nicht unzuständig, aber in Abwesenheit einer Jury unvollständig besetzt. Diese prozessuale Rüge soll von den Verteidigern mehrfach ohne Erfolg vorgebracht worden sein.

Das Verfahren ist öffentlich in der Weise, daß bestimmte Personen im Büro der Militärjustizverwaltung „Eintrittskarten" erhalten, mit denen sie das Gericht betreten dürfen. Die genauen Personalien und die Kennzeichnung der Ausweispapiere werden vor Aushändigung der Karten in eine Liste eingetragen.

Nach Mitteilung von Angehörigen der Angeklagten soll der Vorsitzende des Gerichts außerhalb der Sitzung zur Schwester eines Angeklagten gesagt haben: „Wenn Sie weiter Fremden gegenüber dieses Verfahren kritisieren, wird das ihrem Bruder zum Nachteil gereichen."

Die Anklage

Ankläger ist Brigadegeneral Farsiu. Als Oberst soll er das Ermittlungsverfahren betrieben haben. Als Brigadegeneral hat er dann schon in der ersten Instanz die Anklage vertreten. Die Stellung dieses Anklägers im Gericht erscheint dem Beobachter als ungewöhnlich stark und ist insoweit wohl als Eigentümlichkeit des Militärgerichtsverfahren zu verstehen. So hält sich der Ankläger während der Sitzungspausen zusammen mit den Richtern im selben Zimmer auf, mit ihnen zusammen verläßt und betritt er den Gerichtssaal. Die Anwälte haben mir erklärt, nur mit Zustimmung und in Gegenwart des Anklägers mit mir sprechen zu können. Waffengleichheit zwischen Anklage und Verteidigung ist nicht gerade ein ins Auge fallendes Merkmal dieses Verfahrens.

Nikkah, Mansouri, Sharif und Kamrani werden beschuldigt, an einem Komplott zur Ermordung des Schahs beteiligt gewesen zu sein (Strafandrohung: Todesstrafe); ferner einer (kommunistischen) Konspiration zur Änderung der politischen und verfassungsmäßigen Ordnung des Landes (Strafandrohung: 3 bis 10 Jahre Gefängnis). Pourkashani, Shirvanlou, Varahvashi, Rassouli und Mogghaddam sind wegen des zweiten Deliktes angeklagt worden.

Ich halte die Anklage für in keinem Punkt als bewiesen... Andererseits halte ich für bemerkenswert, welcher Argumente außerhalb strafrechtlicher Relevanz sich die Anklage bedient:

So habe sich Nikkhah vor Gericht ausführlich mit der Behauptung des Anklägers und dem Vorhalt des Vorsitzenden auseinandersetzen müssen, er bekenne sich nicht zum islamischen Glauben (...) Dem gleichen Vorhalt hat Pourkashani entgegentreten müssen. Nach Auffassung der Angeklagten habe der Ankläger damit lediglich bezweckt, die öffentliche Meinung gegen sie zu richten. Mogghaddam hat sich in der Verhandlung vom 6. Dezember 1965 gegen die Unterstellung wehren müssen, seine frühere Zugehörigkeit zur Tudeh-Partei, der Besitz eines Briefes dieser Partei aus der Zeit vor ihrem Verbot, der Besitz von Zeitungsbildern hingerichteter Tudeh-Angehöriger beweise seine kommunistische Einstellung auch heute.

Die Verteidigung

Die neun Angeklagten haben acht Verteidiger... Alle Verteidiger sind pensionierte Offiziere. Nur eine Minderheit von ihnen hat eine vollständige juristische Ausbildung. Freie Anwälte sind grundsätzlich beim Militärgericht nicht zugelassen.

Einer der Verteidiger hat mir erklärt, daß die Angeklagten mit Gewißheit unschuldig seien, die ganze Öffentlichkeit sei davon überzeugt; daß gleichwohl mit ihrer abermaligen Verurteilung zu rechnen sei, „weil Opposition gegen die Regierung hier mit einem Angriff auf die Sicherheit des Staates gleichgesetzt wird".

Die Auffassung ist ferner weit verbreitet, Ziel dieses Verfahrens sei es, die fast durchweg oppositionellen iranischen Studenten im Ausland von politischen Aktivitäten abzuhalten. Ein sehr hoher Beamter hat das so ausgedrückt: „Die jungen Intellektuellen sollen jetzt lernen, daß es gefährlich ist, mit dem Feuer zu spielen..."

(In einem politischen Strafverfahren gegen Mitglieder der Nationalfront im Jahre 1964 haben unter anderem General Massoudi, Oberst Amir-Rahimi, Oberst Ghaffari und Oberst Dr. Elmieh verteidigt. Sie sind anschließend verhaftet, angeklagt und verurteilt worden ... — wegen Beleidigung des Schah.)

Unter der Bevölkerung herrschen Angst und Mißtrauen. Die Angehörigen der Angeklagten wie andere potentielle Gesprächspartner fürchten den Kontakt mit dem ausländischen Beobachter dieses politischen Prozesses. So war es mir auch nicht möglich, einen privaten Dolmetscher für die Gerichtsverhandlung zu bekommen. Soweit Verabredungen und Treffen zustande gekommen sind, sind geradezu abenteuerliche Vorsichtsmaßnahmen für erforderlich gehalten worden. Die Leute haben selbst Telefonanrufe in meinem Hotel vermieden. Bespitzelungen und Überwachungen sollen an der Tagesordnung sein.

„Er gab mir Geld und sagte: Schlag zu, töte Dr. Nirumand!"

Aus dem Geständnis des von der SAVAK gedungenen Mörders – Der iranische Attaché bezahlte

Der folgende Dialog ist — wörtlich ins Deutsche übertragen — dem mündlichen, in persischer Sprache gehaltenen Gespräch entnommen, das Dr. Nirumand kurz nach der Schah-Visite in Berlin mit dem Mann führte, der ihn im Auftrag des SAVAK mit einem Säbel umbringen sollte. Das Gespräch wurde auf Tonband mitgeschnitten. Den Namen des Gesprächspartners geben wir aus naheliegenden Gründen nur mit dem Anfangsbuchstaben an. Seine Identität ist dem „Schöneberger Gericht" (gemeint ist vermutlich das Amtsgericht) bekannt.

S: Wann war das iranische Neujahrsfest? Das Fest vom Konsulat? Ein, zwei Monate vor diesem Fest wurde Dr. Nader sehr freundlich zu mir und führte mich überall hin, gab mir Geld — damals kannte ich Sie nicht, nur dem Namen nach. Ich sah nur Ghazi, das heißt Dr. Nader gab mir das Geld, denn ich sollte folgendes durchführen: Geh, schlag jemanden, stich ihn mit dem Messer.

NIRUMAND: War das zur Zeit des Festes, als er das sagte?

S: Nein, vor dem persischen Fest. Ich weiß nicht, kannten Sie einander? Ich hab' ihm dummerweise geglaubt; ich bin ja nicht verrückt, so was zu machen. Ich hab' nicht gesagt, daß ich es nicht mache. Beim Fest hab' ich dann geschimpft — und seit der Nacht wurden die zu mir unfreundlich. In dieser Nacht bin ich aufgestanden, hab' mit dem Messer gestochen; die Polizei ist gekommen und hat mich rausgeschmissen. In dieser Nacht hat Dr. Nader Geld verloren. Er hat mich aus Feindschaft angezeigt, nicht nur Dr. Nader, auch das Konsulat hat mich angezeigt. Ich habe das mit dem Messer ausgesagt...

NIRUMAND: Was ist dann aus dem Verfahren geworden?

S:...Ich hab' gesagt, daß Dr. Nader mir feindlich gesonnen ist, gesagt, daß das Konsulat gegen mich ist. Das Gericht wollte Gründe. Die hab' ich erläutert: daß mir nämlich Dr. Nader einen Säbel gekauft hat — mit schwarzem Griff — und ich hab' den Säbel beschrieben und gesagt, daß der Herr kam und mir den Säbel kaufte, daß er mir Geld gegeben und gesagt hat: Schlag zu, töte Dr. Nirumand. Ich hab' gesagt, ich kenne Dr. Nirumand nicht und hab' Angst gehabt und hab' das nicht gemacht.

NIRUMAND: Haben Sie das vor Gericht gesagt?

S: Vor dem Gericht in Schöneberg!

NIRUMAND: Und dann?

S: Dann haben die das aufgenommen und ich hab' unterschrieben und bin jetzt frei.

NIRUMAND: Im Hinblick auf den Schahbesuch, hat da Dr. Nader nichts zu Ihnen gesagt?

S: Doch, als der Schah kam. Die Angelegenheit mit dem Säbel und so...

NIRUMAND: Was hat er gesagt, als der Schah hier war?

S: Als der Schah kam, hab' ich mich um 12 Uhr vor dem Rathaus auf diese Seite (Studenten) gestellt und sooft die auch sagten „komm auf unsere Seite" bin ich nicht gegangen. Nachmittags haben wir Mittag gegessen. Dann hat Dr. Nader gesagt, wir sollten die Fahnen holen, und die haben wir heruntergebracht, damit wir auch die Stöcke ranmachen konnten.

NIRUMAND: Gut, und über mich hat er Ihnen nichts gesagt?

S: Dann hatte mein Paß kein Visum.

NIRUMAND: Hat er ihn verlängert?

S: Nein, die Aufenthaltserlaubnis. (Unterbrechung durch Telefon) Daß über dies hier nichts herauskommt, auf einmal...

NIRUMAND: Nein, da können Sie ganz sicher sein.

S: Sie wollen ja nicht zurück nach Persien, aber ich will zurück. Ich bin kein politischer Mensch, weiß nichts von Politik. Die hatten solche Gedanken und ich kannte Sie nicht, und die haben mir Versprechungen gemacht.

NIRUMAND: Was für Versprechungen?

S: Geld, Arbeit, bessere Lebensweise — Hoffnungen machten die mir.

NIRUMAND: Gaben sie Ihnen auch Geld?

S: Geld hab' ich immer bekommen.

NIRUMAND: Wer hat das Geld für den Säbel gegeben?

S: Nader hat es gegeben...

NIRUMAND: Wieviel hat der Säbel gekostet? Wo haben Sie ihn gekauft?

S: Am Kudamm.

NIRUMAND: Haben Sie den Dingen, die Sie sagten, etwas hinzuzufügen, etwas abzustreiten oder war das ganz genau die Wahrheit?

Als er den Säbel kaufte und Ihnen gab oder Sie den Säbel kauften, welchen Plan hatte er da? Wie sollten Sie töten, wo töten? Sie kannten mich doch nicht. Was haben Sie danach getan?

S: Er hat mich darauf vorbereitet auf diese Sache.

NIRUMAND: Wenn Sie etwas zu tun haben, ein Problem haben, so sagen Sie es.

S: Ich war ein Jahr in Persien beim SAVAK und habe monatlich 640 Toman bekommen. Ich war dauernd in Sorgen; ging nicht regelmäßig zur Arbeit. Dann haben die mich rausgeworfen.

NIRUMAND: Was sollten Sie denn tun?

S: Ich war dort Angestellter. Die gaben mir Bilder und ich ging und holte die Leute aus ihrem Haus, Büro, Geschäft.

NIRUMAND: Und wie sind Sie dann nach Deutschland gekommen?

S: Ghazi hat mir von seiten einer Firma eine Einladung geschickt.

NIRUMAND: Woher kannten Sie Ghazi?

S: Von Persien her.

NIRUMAND: Als Sie kamen, hat Ghazi da nicht gesagt, Sie sollten mit ihm zusammenarbeiten?

S: Nein, wenn ich gewollt hätte, hätte ich mit ihm arbeiten können. Aber ich wollte nicht.

NIRUMAND: Also, ich hab' nur noch eine Frage. Wenn Sie einverstanden sind, daß wir dies dem Gericht sagen, wären Sie dann auch bereit, die Geschichte mit dem Säbel auszusagen?

S: Nein, wenn das nicht vor Gericht kommt, ist es besser. Wissen Sie warum? Weil ich vorher schon alles vorm Untersuchungsrichter ausgesagt habe. Ich will nach Iran. Sonst wird mein Leben dort schlecht. Ich habe Angst. Es geht mir nur um Persien.

(Anmerkung der Redaktion: Ghazi ist der iranische Attaché in Berlin)

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de

Deutsche Interessen — und Waffen für den Schah

Was macht unsere persischen Freunde so profitabel? – BRD ist der beste Handelspartner des Iran

Die Bundesrepublik sei mit Persien befreundet. Nicht nur die Regierungen, sondern auch die Völker verbänden innige Beziehungen. Geht man solchen Phrasen auf den Grund, so findet man ein feingesponnenes Netz wirtschaftspolitischer Interessen und Abhängigkeiten. Die einzigen Gaben indes, die die persischen Bauern aus dem gemeinsamen Füllhorn zu spüren bekommen, sind die Waffen der auch durch die Bundesrepublik gestärkten Unterdrückungsmaschinerie. In Südpersien beispielsweise konnte der Schah die von der BRD gelieferten Überschalljäger im Kampf gegen die Bevölkerung gut verwenden.

Westdeutschland ist mit 25 Prozent aller Einfuhren des Iran größter Handelspartner. Im Jahre 1966 kaufte der Iran westdeutsche Produkte für 803 Millionen DM. Bezahlt wurden davon 260 Millionen DM, der Restbetrag wurde in Form von Erdöl und Erdölprodukten verrechnet. Auch hat die BRD nach der UNO, den USA und Frankreich die meisten Experten im Iran.

Unter amerikanischer Mithilfe bauen deutsche Firmen die Raffinerie Teheran. Bei Schiraz enstand das deutsch-iranische Mustergut Aliabad. Bundesrepublikanische Firmen erstellen außerdem ein Stahlwerk bei Ahwaz, eine Kraftleitung von Teheran aufs Land sowie eine Telefon- und Kabelfabrik. Mit den beim letzten Schahbesuch zugesagten 40 Millionen DM Kapitalhilfe soll die Stromversorgung — ebenfalls von deutschen Firmen — gefördert werden. Weitere Projekte sind Erdgasleitungen, Straßenbau, Kraftwerke und Rundfunknetzausbau. Zum Teil abgeschlossen ist die Errichtung pharmazeutischer Fabriken. Beteiligt waren deutsche Firmen auch an einer Transformatorenfabrik. Aus Mitteln der deutsch-iranischen Schuldenregelung wurden 3,5 Millionen DM für ein Elektrolabor der Universität verwendet.

Die Kapitalhilfe für den Iran ist indirekte Entwicklungshilfe für die deutsche Industrie. Das macht hierzulande die Interessenten an den guten Beziehungen erkennbar. Auf der anderen Seite sind die Freunde der Bundesregierung ebenfalls leicht auszumachen, nämlich die, die im Iran unmittelbar von den errichteten Werken profitieren. Die breite Bevölkerung ist es nicht. Die deutsch-iranische Handelskammer vermerkt im Jahresbericht 1965/66, daß das Geldvolumen im Iran um 3 Prozent angestiegen sei, „wobei besonders die Privatkonten ein erhebliches Anwachsen aufwiesen". Um wessen und um wie viele Konten es sich dabei handelt, bleibt verschwiegen.

Die Arbeitslöhne im Iran sind immer noch so gering, daß das Geld nicht einmal für Essen und Trinken ausreicht. Selbst die „geistige Elite" des unterentwickelt gehaltenen Landes, an deren Einfluß dem Regime gelegen ist, nimmt nicht am „wirtschaftlichen Aufstieg" teil. Als 4000 Lehrer für höhere Gehälter demonstrierten (ein Volksschullehrer verdiente 1961 monatlich 200 DM), wurde den Soldaten Schießbefehl erteilt.

Jedoch nicht allein die lukrativen Interessen der deutschen Wirtschaft haben uns solche „Freunde" beschert. Die Politik der Bundesregierung hofiert den Pfauenthron vor allem eingedenk der Hoffnung, daß Persien mit seiner langen Grenze zum Osten dem westlichen Bollwerk erhalten bleibe und die DDR nicht anerkennen werde. Solche Hallsteinängste wußte der Schah auch immer wieder zu nähren.

Als der Kölner Presserat der iranischen Botschaft die Bestrafung der Schahbeleidiger forderte, andernfalls die Anerkennung des feindlichen „Ulbrichtstaates" in Erwägung gezogen werden könnte, wußten die Eingeweihten, daß dies eine alte Drohung war. Schon einmal protestierte der Botschafter in Teheran wegen eines Annäherungsversuches der DDR. Oft genug hatte der Schah — wie am 21. April 1966 in einem Agenturinterview — darauf hingewiesen, daß der Iran genötigt sein könnte, seinen Importbedarf an Waffen aus nichtwestlichen Ländern zu decken, wenn nicht erhöhte Deviseneinnahmen aus dem Öl zugesagt würden.

Da die Bundesregierung den Alleinvertretungsanspruch nach wie vor mit ihrem politischen Prestige verknüpft, sieht sie sich gezwungen, im Zuge der Vorwärtsverteidigung ihrer Ideologie einen erpresserischen Diktator als „Freund" zu umwerben.

Außer Erdgas- und Elektrizitätsleitungen liefert die Bundesrepublik Produkte, die der Schah in Anbetracht der wachsenden Unruhe unter der persischen Bevölkerung am dringendsten benötigt: Waffen.

Im April 1966 lieferte die BRD 90 Überschalljäger vom Typ F-86 der Bundesluftwaffe an den Iran. Am 3. August 1966 vermerkte die größte Teheraner Zeitung unter der Überschrift „Der westdeutsche Einfluß in Mittelost", daß dieser Einfluß über den wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Bereich hinaus nun auch in militärischer Hinsicht spürbar werde. Gegen die „Hilfe" der USA sind die deutschen Lieferungen allerdings noch relativ bescheiden. Laut Auskunft des US-Botschafters Armin Meyer lieferten die USA seit Kriegsende bis 1966 für über 700 Millionen Dollar Waffen. Ein Jahr später nennt die gutinformierte Zeitschrift „Orient" den Betrag von 1 Milliarde Dollar. Das zeigt, daß auch das amerikanische Engagement — in Persien ist eine beträchtliche Zahl von US-Militärberatern und Ausbilder stationiert — spürbar zunimmt. Der letzte Abschluß zwischen den USA und dem Iran soll die Lieferung von 25 Phantom Überschallbombern vorsehen.

Am Ausbau des Waffengeschäfts arbeitet die Bundesregierung intensiv. Dies zeigen verschiedene Aktivitäten. Zwischen dem 14. Juli und dem 12. August weilte der Oberbefehlshaber der iranischen Armee, General Bahram Ariana, mit hohen Offizieren, Waffenproduktionsstätten und militärische Anlagen besichtigend, in der BRD. Über die bundesdeutsche technische Hilfe beim Ausbau von Rüstungsfabriken in Iran verhandelte gleichzeitig eine achtköpfige Kommission von Wehrsachverständigen des deutschen Bundestages in Teheran. Leiter der Kommission war der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Dr. Friedrich Zimmermann (CSU). Vorher schon war ein Kreditabkommen über 20 Millionen DM zur Modernisierung des Arsenals von Saltan Abad unterzeichnet worden. Das Arsenal hatten seinerzeit deutsche Firmen eingerichtet.

Hubert Humphrey, US-Vizepräsident: „Wissen Sie, was der Chef der iranischen Armee einem unserer Leute sagte? Er sagte, die Armee sei dank der US-Hilfe in guter Form. Sie sei in der Lage, mit der Zivilbevölkerung fertig zu werden. Die Armee hat nicht vor, gegen die Russen zu kämpfen. Sie hat vor, gegen das iranische Volk zu kämpfen!"

(Newsweek, Mai 1961)

Fünf Jahre Volkskrieg gegen Bomben und Hunger

Seit 1962 kämpfen in Südpersien Bauern gegen das Teheraner Militär-Regime

Der Iran ist ein sehr reiches Land. Trotzdem leben 85 Prozent der Bevölkerung als Analphabeten in Armut. Bis 1953 war Heroin im Iran unbekannt. Heute jedoch sind 20 Prozent aller Iraner unter dreißig Jahre süchtig. Aschraf, die Schwester des Schahs, wurde von der Schweizer Polizei festgenommen, weil sie mehrere Koffer voll Heroin mit sich führte. All dies ist in Europa inzwischen wohl mehr oder weniger bekannt. Fast nichts weiß man allerdings von dem Bürgerkrieg, der seit 1962 in Südpersien andauert.

Die Bauern und Nomaden der südlichen Provinz Fars haben sich gegen die Unterdrückung und Ausbeutung des Schah-Regimes erhoben. Sie haben der Polizeiherrschaft den Kampf angesagt.

Nach einigen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem Militär und den Guerillas wurde in der ganzen Provinz Fars der Ausnahmezustand verhängt. Anfang 1963 bombardierten Regierungstruppen mehrere Dörfer. Die 10. Armee, die „Ruhe und Ordnung" nach den Vorstellungen des Regimes herstellen sollte, mußte Verstärkung anfordern. Hier der Text einer Bekanntmachung aus dem Jahr 1963:

„Warnung an alle Einwohner und Dorfoberhäupter des oberen und unteren Boyer Ahmadi-Bezirkes und anderer Gebiete in der Provinz Fars! Für den Fall, daß sie weiterhin zu Nasser Taheri, Abdeúllah Zarghampur, Habib Schahbazi, Jafargholi Rustam und den Khans und den Dorfoberhäuptern und zu Javid halten und nicht zu ihrer Arbeit zurückkehren, werden ihre sämtlichen Dörfer und Siedlungen bombardiert. Sollten hierbei Frauen, Kinder, unschuldige Menschen und Vieh zu Schaden kommen, liegt die Verantwortung bei den oben aufgezählten Leuten. Dies erklärt die 10. Armee von Fars im voraus, damit sie im Falle, daß irgend jemandem Schaden zugefügt werde, frei von religiöser, moralischer und militärischer Verantwortung sei. Gez. General Abdúllah Urmozd, Kommandeur der 10. Armee."

Die Zentralregierung wollte so schnell wie möglich die aufständischen Gruppen vernichten, damit sich die Unruhe nicht über das ganze Land ausbreite. Nach den verheerenden Bombardements im Februar und März 1963 wurde das Militär in diesem Gebiet auf 35 000 Mann verstärkt. Schließlich sandte Teheran eine in den USA ausgebildete Spezialeinheit zur Bekämpfung der Guerillas nach Fars.

Folgende Schritte unternahmen die Vasallen des Schah: Strengste Kontrolle der Bevölkerung. Ein Bauer, der außerhalb seines Ortes eine Ziege verkauft, muß mit Verhören und Folter rechnen. Schiraz, die Hauptstadt der Provinz, wurde kriegsmäßig von Militär besetzt. Alle Militärflugzeuge der persischen Luftwaffe wurden nach Dezful und Buschehr in Südpersien verlegt. General Minbaschian, ein Verwandter des Schah, hat (seit 1966) in diesem Abschnitt das militärische Oberkommando übernommen. Er stellte die 3. Armee auf, in der er Panzer- und Luftwaffeneinheiten mit den Spezialkämpfern koordinierte.

Während die Regierung die 100 in den USA gekauften Flugzeuge vom Typ F-5 und die 90 in der Bundesrepublik erstandenen Jäger in Fars zum Einsatz brachte, verbanden sich einige politische Gruppen mit den Aufständischen. Es gelang vorübergehend, den unabhängig operierenden Guerillas ein politisches Konzept zu geben. Aber der Aufstand erlitt Rückschläge, aus denen nur langsam gelernt wurde.

Mehrere Partisanenführer fielen den Regierungstruppen in die Hände. Im August 1964 konnte die iranische Armee einige Hundert Gefangene machen. Sechs Aufständische wurden demonstrativ erschossen. Ihre Leichen hängte man vor den Augen der Öffentlichkeit tagelang in den Straßen auf.

Nach diesem brutalen Vorgehen haben sich einige in Europa lebende Studenten aus der Provinz Fars entschlossen, nach Hause zurückzukehren und im Kampf gegen die Regierung aktiv mitzuwirken. Drei Studenten haben es bisher geschafft, heimlich in das hermetisch abgeriegelte Gebiet zu gelangen. Daraufhin warf die Luftwaffe erpresserische Flugblätter mit folgendem Inhalt ab:

„Wir rufen jene Verräter Massih, Daschti und Bahman (Ghaschghai) auf, die zum Tode verurteilt sind: Ihr habt das Ansehen Eures Stammes und Khans verletzt. Ihr werdet auf jeden Fall bald hingerichtet und ausgerottet werden. Warum bringt Ihr dann Tod über Eure Kinder und Angehörigen? Ihr solltet wissen, daß Euch der Tod gewiß ist und daß die Armee bei ihren Operationen niemanden ausspart. Ihr werdet auf jeden Fall sterben. Warum also dieses Blutvergießen? Wenn Ihr Männer und keine Weiber seid, dann würdet Ihr Eure Waffen niederlegen und Euch der Gerechtigkeit unterwerfen und bei dieser letzten Gelegenheit zum Wohle Eurer Familien handeln. Sie könnten dann in Würde und unter der Herrschaft der Regierung frei von Lebensgefahr leben!"

Oberst Aschrafi versprach einem der aufständischen Stämme totale Straffreiheit, wenn seine Angehörigen friedlich in die vom Militär kontrollierten Gebiete zurückkehrten. Die Stammesoberhäupter Ziad und Rostam Kahn gingen darauf ein und zogen mit hundert Familien in das Gebiet von Pidu. Was daraufhin geschah schilderte einer der wenigen Überlebenden.

„Ohne Vorwarnung umzingelte Oberst Aschrafi mit mehr als 500 Soldaten und Söldnern die Zelte des Lagers. Um vier Uhr morgens ließ er das Feuer eröffnen. Viele Frauen und Kinder wurden im Schlaf getötet. Nur fünf Männer und eine Frau konnten die Umzingelung durchbrechen und sich retten."

Bombardierung der Dörfer, Erschießungen, Folterungen und Verhaftungen oft unbeteiligter Menschen sind an der Tagesordnung. Das Militär versucht mit allen Mitteln Herr der Lage zu werden. Aber ihre Methoden decouvrieren sich, die Menschen von Fars erkennen das System dahinter, sie politisieren sich. Der Kampf findet so eine immer breitere Basis bei den Bauern. Schon stehen Teile des Militärs und der Polizei heimlich auf seiten des Freiheitkampfes. Wie von der Regierung bekanntgegeben wurde, sind am 26. Februar 1967 sieben Personen, darunter zwei Unteroffiziere wegen Befehlsverweigerung erschossen worden. Wegen des gleichen Vergehens sind fünfzehn Polizisten zu je zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. In den Gefängnissen von Fars sitzen über 500 politische Gefangene, zum Teil ohne Haftbefehl und ohne Urteil. Die persischen Zeitungen schweigen die Ereignisse in Fars tot. Der Schah hat den Rüstungsetat um 20 Prozent erhöht. Die USA, Großbritannien, die Sowjetunion und die Bundesrepublik liefern Waffen. Aber das Volk von Persien ist fest entschlossen, das Joch der Unterdrückung abzuschütteln.

Hassan Massali

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung, Extra-Blatt.
Herausgeber: Ursula Rühle, Ulrich Erckenbrecht, Hartmut Holzapfel, Andreas Schröder, David H. Wittenberg.
Redaktion: Bernhard Schütze, C. R. Roth (verantwortlich).
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt 1, Mertonstraße 26-28, Telefon 7 70 64/31 88.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.
Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7 vom 1. Mai 1966.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druckerei: Union-Druckerei, Frankfurt am Main.

Archiv Rechtsanwalt Hartmut Riehn www.frankfurt-uni68.de